

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

03.– 10.11.2023

## **Angesichts der Zunahme antisemitischer Taten in Frankreich seit dem Angriff der Hamas in Israel rufen die Präsidentin der Nationalversammlung und der Präsident des Senats zu einem großen Marsch gegen Antisemitismus auf.**

Während der Marsch am 12. November die Einheit der Französischen Republik gegen Antisemitismus aufzeigen sollte, sorgt die Frage der Teilnahme der links- und rechtspopulistischen Parteien für Unruhe. Jean-Luc Mélenchon der Partei La France insoumise bezeichnete den Marsch auf X als ein Treffen der „Freunde der bedingungslosen Unterstützung des Massakers (in Gaza).“ Marine Le Pen des Rassemblement National rief alle Parteimitglieder zur Teilnahme auf. Die Anwesenheit des RN könnte dazu führen, dass mehrere Abgeordnete des linken Parteienspektrums den Marsch gegen Antisemitismus boykottieren werden. Auch in der Regierungsmehrheit wird die Präsenz der Rechtspopulisten kritisch gesehen.

## **Staatspräsident Emmanuel Macron kündigte an, dass Frankreich die humanitäre Hilfe für die palästinensische Bevölkerung auf 100 Millionen Euro aufstocken wird.**

Dies bedeutet eine Aufstockung um weitere 80 Millionen Euro im Vergleich zu dem seit dem 7. Oktober angekündigten Paket. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen der internationalen Geberkonferenz für Gaza, die Macron initiiert hat.

## **Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat Frankreich offiziell eine Kampagne russischer Einflussnahme angeprangert.**

Am Donnerstag, den 9. November, verurteilte das französische Außenministerium öffentlich die Beteiligung des Desinformationsnetzwerks Doppelgänger oder "Recent Reliable News" an der Verbreitung von Fotos blauer Davidsterne, die auf Mauern in Paris gesprüht wurden. Die Untersuchung wurde von Viginum, der französischen Organisation zur Bekämpfung von Beeinflussungsoperationen, durchgeführt. Die Täter, die die rund 250 Davidsterne gesprüht haben, müssen noch ermittelt werden. Vier Personen moldauischer Nationalität werden verdächtigt, für einen Teil von ihnen verantwortlich zu sein.

## **Seit dem 6. November diskutiert der französische Senat das von Innenminister Gérald Darmanin eingebrachte Einwanderungsgesetz.**

Der Senat hat am 7. November die Abschaffung der staatlichen medizinischen Hilfe (AME) für illegale Einwanderer und ihren Ersatz durch eine „medizinische Nothilfe“ beschlossen. Am 8. November stimmte das Oberhaus für die Streichung der Hauptmaßnahme des Einwanderungsgesetzes der Regierung, die eine Regularisierung der Aufenthaltsgenehmigungen von Arbeitnehmern in „angespannten Bereichen“ vorsah. Das bürgerlich-konservative Lager hatte diese Maßnahme zu ihrer roten Linie für eine Zustimmung zum Einwanderungsgesetz gemacht. Vorgeschlagen wurde die Etablierung einer Sonderaufenthaltsgenehmigung unter verschärften Bedingungen für diese Arbeitnehmer.

## **Das Gebet von rund 30 Muslimen im Gebäude des Pariser Flughafens Charles de Gaulle sorgt in Frankreich für Debatten.**

Ein Foto dieser Szene wurde von Noëlle Lenoir, der ehemaligen Ministerin für europäische Angelegenheiten unter Jacques Chirac (2002-2004), auf X (ex-Twitter) geteilt. „Was macht der CEO des Flughafens, wenn sein Flughafen in eine Moschee umgewandelt wird? Ist die Nutzungsänderung offiziell?“, kommentierte die ehemalige Ministerin. Der Direktor der ADP-Gruppe (ehemals Aéroports de Paris) bezeichnete die Vorkommnisse als „schlichtweg inakzeptabel“. Er erinnerte daran, dass es in den Terminals der Flughäfen Roissy und Orly Gebetsräume gibt. Die Grenzpolizei sei angewiesen worden, öffentliche Gebete zu unterbinden.

## **Innenminister Gérald Darmanin reiste am Sonntag, den 5. November, nach Algier.**

Während seines mehrstündigen Besuchs, der „auf Wunsch“ von Emmanuel Macron erfolgte, wurde Gérald Darmanin unter anderem vom algerischen Staatspräsidenten Abdelmadjid Tebboune und dem algerischen Innenminister Brahim Merad empfangen. Im Fokus der Gespräche standen die Themen Kampf gegen organisierte Verbrechen, Migration, Mobilität und innere Sicherheit. Die Reise fand kurz vor den Debatten über das von Darmanin eingebrachte Einwanderungsgesetz im Senat statt.

**Die französische Regierung wird den Unterstützungsfonds Frankreichs für die Ukraine mit zusätzlichen 200 Millionen Euro ausstatten, damit die ukrainische Armee weiterhin französische Militärausrüstung kaufen kann.**

Dies kündigte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu, am Dienstag, den 7. November, vor der Nationalversammlung an. Diese Verlängerung des Haushaltsgesetzesentwurfs für 2023. Es handelt es sich um einen Text, der Anpassungen der Mittel für das laufende Haushaltsjahr ermöglicht. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums soll im Jahr 2024 um 3,3 Milliarden Euro (+7,5 %) auf 47,2 Milliarden Euro steigen, wie im neuen Militärprogrammgesetz 2024-2030 vorgesehen.

**Die Ablösung der Republikanischen Garde vor dem Elysée-Palast, Sitz des Staatspräsidenten, wird wieder an jedem ersten Dienstag im Monat für die Öffentlichkeit zugänglich sein.**

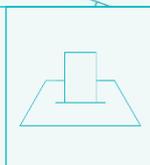
Damit wird eine vor 27 Jahren aufgegebene Tradition wiederaufgenommen. Während der Ablösung werden „zwei Züge mit je sechzehn Soldaten die Avenue de Marigny und die Rue de l'Elysée entlang marschieren, um sich vor dem Ehrentor des Elysée-Palastes in der Rue du Faubourg-Saint-Honoré zu kreuzen und für die nächsten vierundzwanzig Stunden ihre Posten einnehmen“, so die Präsidentschaft. Die Republikanische Garde besteht aus rund 3.400 Männern und Frauen. Zwischen 1909 und 1996 gab es vor dem Elysée-Palast eine große Wachablösung, die täglich um 7.45 Uhr stattfand.

**Vom 8. bis 10. November findet in Paris ein erster internationaler Gipfel für die Kryosphäre, die die von der Erwärmung bedrohten Pole und Gletscher umschließt, statt.**

Die Konferenz findet unter dem Vorsitz von Emmanuel Macron und dem norwegischen Premierminister statt. Es werden rund 15 Staats- und Regierungschefs erwartet, darunter Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates. China wird auch durch seinen Vizepräsidenten, Ding Xuexiang, vertreten sein. Darüber hinaus werden 35-40 Wissenschafts- oder Umweltminister auf dem "One Polar Summit" erwartet. Sie vertreten Länder, die in Grönland oder der Antarktis präsent sind oder über große vergletscherte Berggipfel verfügen. Russland, das mit seinen sibirischen Gebieten betroffen ist, ist nicht eingeladen.

**Am 7. November hat die französische Regierung einen „Reparaturbonus“ für Kleidung und Schuhe eingeführt.**

Das im Juli von der Regierung angekündigte Programm, das die Franzosen dazu ermutigen soll, alte Kleidung zu reparieren, statt Neues zu kaufen, wird Anspruch auf Beihilfen zwischen 6 Euro und 25 Euro geben. Für die Reparatur eines Absatzes werden zum Beispiel 7 Euro von der Rechnung des Schumachers abgezogen, der das Gütesiegel der Öko-Organisation Refashion vorweisen kann.



**PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN**

**Frankreichs Justizminister steht seit dem 6. November vor dem Gericht.**

Es ist das erste Mal, dass ein amtierender Minister vor Gericht steht. Éric Dupond-Moretti werden Interessenkonflikte vorgeworfen. Er soll in seinem Amt als Minister Untersuchungsbeamte mit Disziplinarmaßnahmen belegt haben, mit denen er vor Amtsantritt als Anwalt Konflikte hatte. Staatspräsident Emmanuel Macron steht nun zunehmend unter Zugzwang. Er hatte 2017 angekündigt, dass Minister gegen die Gerichtsverfahren laufen, zurücktreten müssen.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	2
9	8	0	1
2	0	1	

**DIE ZAHL DER WOCHE**

**Frankreich wird 2023 wieder zum größten Weinproduzenten der Welt, vor Italien, wo die Produktion um 12% zurückging.**

Die Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) verwies jedoch auch darauf, dass die gute Produktion in Frankreich in den schwierigen globalen Kontext einzuordnen ist. Durch Dürre, Frühfrost und sintflutartigen Regenfälle ist die weltweite Weinproduktion in diesem Jahr um 7% auf den niedrigsten Stand seit 1961 zurückgegangen.